

AG Klimaschutz und Energie

Die Ampel treibt Wasserstoffwirtschaft voran

Der Bundestag diskutiert heute abschließend das Herkunftsnachweisregistergesetz. Damit legt die Ampel-Koalition einen weiteren Grundstein für den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft.

Nina Scheer, klimaschutz- und energiepolitische Sprecherin:

„Aufgrund der aktuellen fossilen Energiepreiskrise ist es essentiell, nicht nur den Ausbau der Erneuerbaren Energien, sondern auch der Wasserstoffwirtschaft massiv zu beschleunigen. Mit dem Herkunftsnachweisregistergesetz wird ein Teil der europäischen Renewable Energy Directive II in nationales Recht umgesetzt. Künftig gibt es, neben den Herkunftsnachweisen für Strom, auch solche für Gas und Wärme beziehungsweise Kälte. Damit stärken wir den Verbraucherschutz und schaffen Transparenz. Mit Verabschiedung des Gesetzes treiben wir den Aufbau der Wasserstoffwirtschaft weiter voran.“

Andreas Rimkus, zuständiger Berichterstatter:

„Neben dem Ausbau der Erneuerbaren Energien ist der Einsatz grünen Wasserstoffs das zweite Standbein der Energiewende. Dabei wird Wasserstoff nicht nur als Energiespeicher eine wichtige Rolle bei der Integration der Erneuerbaren spielen, sondern auch eine Schlüsselrolle bei der Sektorkopplung in den verschiedensten Anwendungen übernehmen.“

Mit den neuen Herkunftsnachweisen wird es nun beispielsweise für Erzeuger grünen Wasserstoffs erstmals möglich sein, grünes Gas zertifiziert gegenüber seinen Kundinnen und Kunden zu vermarkten. Das ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem echten Wasserstoffmarkt.

Dabei haben wir den Gesetzesentwurf im parlamentarischen Verfahren noch an zahlreichen Stellen verbessert: So haben wir beispielsweise die Rechtssicherheit in Bezug auf Herkunftsnachweise in gemischten Netzen gestärkt, unvermeidbare Abwärme zum Beispiel aus der Industrie miteinbezogen und die Grundlage dafür geschaffen, dass künftig auch beispielsweise Grubengas separate Herkunftsnachweise erhalten kann.

Wichtig ist nun, dass es sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene zügig weiter voran geht. Die EU-Kommission muss in der Frage der Strombezugskriterien für grünen Wasserstoff endlich liefern und einen mehrheitsfähigen und pragmatischen Kompromiss für den delegierten Rechtsakt vorlegen. Parallel dazu muss in Deutschland die Überarbeitung der Nationalen Wasserstoffstrategie mit Nachdruck vorangetrieben werden.“

Impressum

Nr. 282.2022 / 01. Dezember 2022

Herausgeberin: Katja Mast, MdB
Redaktion: Albrecht von Wangenheim

T 030 227 52282
030 227 51118
E Presse@spdfraktion.de

Der Text kann im Internet unter
www.spdfraktion.de abgerufen
werden.